

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 41 | 13.10.2017

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

NEUERSCHEINUNG

Andreas Hauer

[Staats- und Verwaltungshandeln](#)

ISBN 978-3-902883-34-6, 5. Auflage, XXI und 235 Seiten, Harteinband, 32 EUR // zu beziehen ua über www.pedell.at

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 268/2017 \(Anlage 1, Anlage 2\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über die Berichtspflichten der Konformitätsbewertungsstellen für Druckgeräte (**Druckgeräteberichtsverordnung** – DGBV)

[BGBl III 165/2014](#)

Änderung von Artikel 6 § 7 des Anhangs B (CIM) des **Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr** (CO-TIF) vom 9. Mai 1980 in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 3. Juni 1999

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 259 v 07.10.2017, 1](#)

Mitteilung über die **vorläufige Anwendung** des **Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit** zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik **Kuba** andererseits

[ABL L 261 v 11.10.2017, 17](#)

Beschluss (GASP) 2017/1838 des Rates vom 10. Oktober 2017 zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2016/849 über **restriktive Maßnahmen** gegen die **Demokratische Volksrepublik Korea**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

22.09.2017, [E 457/2017](#)

Bludener Bettelverbots-VO; Aufhebung des angefochtenen Erkenntnisses wegen Anwendung einer gesetzwidrigen Verordnung

26.09.2017, [G 134/2017 ua](#)

BFA-VerfahrensG; Aufhebung von Bestimmungen des BFA-VerfahrensG über die **verkürzte Frist für Beschwerden** gegen negative Entscheidungen über die Zuerkennung und Aberkennung des Status eines Asylberechtigten und eines subsidiär Schutzberechtigten im Falle einer damit verbundenen aufenthaltsbeendenden Maßnahme mangels Erforderlichkeit einer vom VwGVG abweichenden Regelung

28.09.2017, [E 2666/2016](#)

ApothekenG; Verletzung im Gleichheitsrecht durch **Erweiterung** des bei der Erteilung der Konzession zum Betrieb einer öffentlichen Apotheke **festgesetzten Standorts** und Abweisung der Einwendungen der Bf infolge gänzlicher Nichtanwendung der negativen Bedarfsregelung weiterhin zu versorgender Personen wegen Widerspruchs zum Unionsrecht und der dadurch bewirkten Inländerdiskriminierung; **inländerdiskriminierende Wirkung** auf Grund des öffentlichen Interesses an der Sicherung einer ausreichenden flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln **vorübergehend sachlich gerechtfertigt**

29.09.2017, [G 243/2016 ua](#)

KraftfahrlinienG; keine Verletzung der **Erwerbsausübungsfreiheit** durch die – einen Konkurrenzschutz bewirkende – Regelung des KraftfahrlinienG betreffend einen **Ausschlussgrund für die Erteilung einer Konzession** zum Betrieb einer (grenzüberschreitenden) Kraftfahrlinie; keine unsachliche Differenzierung zwischen Personenbeförderungsleistungen in einen EWR-Staat und in einen Nicht-EWR-Staat

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

18.08.2017, [Ra 2017/04/0048](#)

GewO; die Beurteilung, ob **Änderungen der Anlage** das Emissionsverhalten iSd § 81 Abs 2 Z 9 GewO nachteilig beeinflussen, hat sich auf den durch die erteilten Genehmigungen bestehenden Konsens zu beziehen; maßgeblich für die Beurteilung von angezeigten Änderungen ist somit der **Vergleich mit dem bestehenden rechtlichen Konsens** und nicht mit der tatsächlichen Betriebsweise; die Aufklärung der Differenzen darüber, ob eine Betriebsanlage konsensgemäß betrieben wird, ist daher von vornherein nicht Gegenstand eines Änderungsanzeigeverfahrens nach § 81 Abs 3 leg cit; allfällige Angaben in der nach § 82b Abs 1 leg cit zu erstellenden Prüfbescheinigung zum Vorliegen oder Nicht-Vorliegen eines konsensmäßigen Betriebs der Anlage sind daher für die Beurteilung der angezeigten Änderungen nicht von Relevanz

01.09.2017, [Ra 2017/03/0051](#)

WaffenG; nach dem WaffenG ist der Erwerb, die Einfuhr, der Besitz und das Führen von **Schusswaffen mit Schalldämpfer** grundsätzlich verboten; die Behörde kann im Rahmen einer Ermessensentscheidung eine Ausnahmebewilligung erteilen; Darlegung eines überwiegenden berechtigten Interesses; Ausnahmebestimmung für Arbeitnehmer, die unter anderem zum Abschluss

von Wild verpflichtet sind, um diesen „ein höchstmögliches Maß an Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu gewährleisten“; dieses Interesse am Gesundheitsschutz von Arbeitnehmern ist auch sonst bei Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen; für eine private Jagdausübung besteht jedoch kein überwiegendes Interesse

14.09.2017, [Ro 2016/15/0041 ua](#)

AEUV; dem EuGH wird folgende **Frage zur Vorabentscheidung** vorgelegt: ist eine Änderung einer genehmigten Beihilferegelung, mit der ein Mitgliedstaat auf die weitere Nutzung der Beihilfegenehmigung für eine bestimmte (trennbare) Gruppe von Beihilfeempfängern verzichtet und damit das Beihilfevolumen für eine bestehende Beihilfe lediglich reduziert eine nach Art 108 Abs 3 AEUV (grundsätzlich) anmeldepflichtige Umgestaltung einer Beihilferegelung; weitere Fragen iZm der Energieabgaben-Vergütung für die Jahre 2011 bis 2014 stehen vor dem Hintergrund des Beihilfenrechts der EU im Raum

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 18.09.2017, [LVwG-850782](#)

NotariatsO; VwGVG; hinsichtlich des **Ausmaßes** der Verpflichtung eines Notars zur **Abhaltung von Amtstagen** iSd § 31 Abs 2 NotariatsO ist auf den tatsächlichen Bedarf der Bevölkerung abzustellen; Aufhebung und Zurückverweisung gem § 28 Abs 2 VwGVG, weil die **Behörde nicht ermittelt** hat, inwieweit die bisherigen Amtstage von der Bevölkerung tatsächlich genutzt wurden und welcher (mangels Amtstag) zusätzliche Aufwand für die Bevölkerung mit dem Aufsuchen der Kanzlei des Bf verbunden wäre

LVwG Oö 04.10.2017, [LVwG-850851](#)

GewO; Gründe, die für eine allfällige **Erteilung der Nachsicht** sprechen, können im Verfahren zur **Entziehung der Gewerbeberechtigung** gem § 91 Abs 2 GewO nicht berücksichtigt werden; für die Entziehung war vielmehr alleine ausschlaggebend, ob die juristische Person als Gewerbeinhaberin die Entfernung der mit dem Entziehungsgrund belasteten Person (hier: Ausschluss ihrer Geschäftsführerin) innerhalb der ihr gesetzten – objektiv ausreichenden – fünfwöchigen Frist erfolgte; indem aber weder diese Entfernung fristgerecht vorgenommen noch eine Fristverlängerung beantragt worden war, erweist sich die Entziehung der Gewerbeberechtigung als rechtmäßig

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG NÖ 21.06.2017, [LVwG-S-1381/001-2016](#)

Bundesstraßen-MautG; die Strafbestimmung des **§ 20 Abs 3 Bundesstraßen-MautG** richtet sich gegen den Zulassungsbesitzer; eine **Bewilligung** für eine **Überstellungsfahrt** stellt jedoch keine Zulassung iSd KraftfahrG dar, weshalb § 20 Abs 3 leg cit in solchen Fällen **nicht als Strafbestimmung herangezogen** werden kann; dies wäre eine extensive Auslegung, die über den Wortsinn hinausgeht; auch eine grundsätzliche Verpflichtung zur Zahlung einer fahrleistungsabhängigen Maut vermag daran nichts zu ändern, da diese Verpflichtung nicht durch eine entsprechende Strafbestimmung sanktioniert ist

LVwG Vbg 15.09.2017, [LVwG-412-3/2017-R5](#)

Gelegenheitsverkehrs-G; eine selbstständige Tätigkeit im **Güterbeförderungsgewerbe** kann nicht als fachliche Tätigkeit in einem dem **Mietwagen-Gewerbe fachlich nahestehenden Berufszweig** iSd § 5 Abs 5a Gelegenheitsverkehrs-G eingestuft werden; dieses Gewerbe dient der Beförderung von Gütern und nicht der Beförderung von Personen und wird mit Fahrzeugen ausgeübt, bei denen die Summe der höchsten zulässigen Gesamtgewichte insgesamt 3.500 kg übersteigt, womit diese Fahrzeuge mit Mietwagen und Taxis nicht vergleichbar sind

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[10.10.2017, Rs C-413/15, Farrell](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – **Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung** – Richtlinie 90/232/EWG – Art 1 – Haftung im Fall von **Personenschäden** bei allen Fahrzeuginsassen mit Ausnahme des Fahrers – Pflichtversicherung – **Unmittelbare Wirkung** – Richtlinie 84/5/EWG – Art 1 Abs 4 – Stelle, die für den Ersatz von Sach- oder Personenschäden zuständig ist, die durch ein nicht ermitteltes oder nicht versichertes Fahrzeug verursacht werden – Möglichkeit, sich gegenüber einem Staat auf eine Richtlinie zu berufen – Voraussetzungen, unter denen eine **privatrechtliche Stelle** als eine dem **Staat zuzurechnende Einrichtung** angesehen werden kann und ihr die **unmittelbar anwendbaren Bestimmungen** einer Richtlinie entgegeng gehalten werden können

[11.10.2017, Rs C-501/15 P, EUIPO / Cactus](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Bildmarke mit den Wortbestandteilen ‚CACTUS OF PEACE CACTUS DE LA PAZ‘ – Widerspruch durch den Inhaber der Unionswort- und -bildmarken mit dem Wortbestandteil ‚CACTUS‘ – **Nizzaer Klassifizierung** – Art 28 – Art 15 Abs 1 Unterabs 2 Buchst a – **Ernsthafte Benutzung** der Marke in **verkürzter Form**

[12.10.2017, Rs C-661/15, X](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – **Zollkodex der Gemeinschaften** – Art 29 – Einfuhr von Kraftfahrzeugen – Ermittlung des Zollwerts – Art 78 – Überprüfung der Anmeldung – Art 236 Abs 2 – **Erstattung von Einfuhrabgaben** – Dreijahresfrist – Verordnung (EWG) Nr 2454/93 – Art 145 Abs 2 und 3 – **Gefahr der Schadhafteit** – Zwölfmonatsfrist – Gültigkeit

[12.10.2017, Rs C-156/16, Tigers](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Durchführungsverordnung (EU) Nr 412/2013 – Art 1 Abs 3 – **Zollkodex der Gemeinschaften** – Art 78 – Regelung, wonach die Anwendung **unternehmensspezifischer Antidumpingzollsätze** die Vorlage einer gültigen Rechnung voraussetzt – Zulässigkeit der Vorlage **einer gültigen Handelsrechnung** nach der Zollanmeldung – Ablehnung der Erstattung

[12.10.2017, Rs C-218/16, Kubicka](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Verordnung (EU) Nr 650/2012 – Erbsachen und **Europäisches Nachlasszeugnis** – Anwendungsbereich – Immobilie, die in einem Mitgliedstaat belegen ist, der kein ‚**Vindikationslegat**‘ kennt – **Ablehnung der Anerkennung** der **dinglichen Wirkungen** eines solchen Vermächtnisses

[12.10.2017, Rs C-262/16, Shields & Sons Partnership](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuern – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 296 Abs 2 – Art 299 – Gemeinsame **Pauschalregelung** für **landwirtschaftliche Erzeuger** – Ausschluss von der gemeinsamen Pauschalregelung – Voraussetzungen – Begriff ‚Gruppe landwirtschaftlicher Erzeuger‘

[12.10.2017, Rs C-278/16, Sleutjes](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Richtlinie 2010/64/EU – Art 3 Abs 1 – **Recht auf Dolmetschleistungen** und Übersetzungen in **Strafverfahren** – **Übersetzung** von ‚**wesentlichen Unterlagen**‘ – Begriff ‚wesentliche Unterlagen‘ – Nach einem vereinfachten, nicht kontradiktorischen Verfahren erlassener Strafbefehl, mit dem sein Adressat wegen einer minder schweren Straftat zu einer Geldstrafe verurteilt wird

[12.10.2017, Rs C-289/16, Kamin und Grill Shop](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Landwirtschaft – **Ökologische/biologische Erzeugnisse** – Durch die Verordnung (EG) Nr 834/2007 eingerichtetes Kontrollsystem – Begriff ‚**direkter Verkauf an Endverbraucher** oder -nutzer‘

[12.10.2017, Rs C-404/16, Lombard Ingtlan Lizing](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 90 Abs 1 – **Unmittelbare Wirkung** – **Steuerbemessungsgrundlage** – **Verminderung** bei Annullierung, Rückgängigmachung oder Auflösung – Verminderung bei vollständiger oder teilweiser Nichtbezahlung – Unterscheidung – Wegen **Nichtzahlung der Leasingraten** gekündigter Leasingvertrag

B. SCHLUSSANTRÄGE

[12.10.2017, Rs C-664/16, *Protect Natur-, Arten- und Landschaftsschutz Umweltorganisation \(GA Sharpston\)*](#)

Umwelt – Aarhus-Übereinkommen – **Zugang zu Gerichten** – Klagebefugnis nicht staatlicher Umweltschutzorganisationen – Rechte dieser Organisationen, die **Entscheidung** der zuständigen Behörden vor einem Gericht im Klagewege **anzufechten** – **Parteistellung** dieser Organisationen im Verwaltungsverfahren – Verlust der Parteistellung im Verwaltungsverfahren, wenn eine solche Organisation **Einwendungen** in diesem Verfahren **nicht rechtzeitig** erhebt

C. GERICHT

[10.10.2017, T-435/15, *Kolachi Raj Industrial / Kommission*](#)

Dumping – Einfuhr von aus **Kambodscha, Pakistan** beziehungsweise von den **Philippinen** versandten Fahrrädern – **Ausweitung** des auf die Einfuhren von Fahrrädern mit Ursprung in China eingeführten **endgültigen Antidumpingzolls** auf diese Einfuhren – Durchführungsverordnung (EU) 2015/776 – Art 13 Abs 2 Buchst a und b der Verordnung (EG) Nr 1225/2009 – Montagevorgänge – **Herkunft und Ursprung** von **Fahrradteilen** – Ursprungszeugnisse – **Unzureichender Beweiswert** – Kosten für die Herstellung der Fahrradteile

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.